No. 255. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.

Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 2. Juni 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.

Filialen: Prinzenstr. 41. Kottbuserstr. 1. Sorauerstr. 20. Petersburgerstr. 2. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87. Rüdersdorferstraße 31. Schiffbauerdamm 1. Schulzendorferstraße 27 (am Weddingplatz). Königstr. 56/57. Rathenowerstraße 3. Potsdamerstraße 38. Bayreuthstr. 32. Leipzigerstr. 103. Mittenwalderstraße 6. Rigdorf, Prinz Handjerystraße 58/84 u. Berlinerstr. 73. Schöneberg, Bergstr. 6. Charlottenbg., Kantstr. 34. Pankow, Berlinerstr. 13b. Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129. Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Junkerpolitik.

Die Zeit der Wahlen ist in Preußen seit jeher die Zeit gewesen, in der die Junker und ihr Anhang auf einige Zeit den roten Rock mit der weißen Toga zu vertauschen liebten, um in der Maske des Volksfreundes unter der umschmeichelten „Rotüre" zu lustwandeln. Merkwürdigerweise hat solche Verkleidung noch immer nicht verfehlt, da und dort in bürgerlichen Kreisen einen gewissen Eindruck zu machen, obwohl das Bürgertum heute durch eine hundertjährige Entwickelung darüber aufgeklärt sein sollte, daß der Standesegoismus der Junker noch jede ernsthafte Reform in Preußen zu verhindern gewußt hat, obwohl die innerpolitische Geschichte Preußens weiter nichts ist als eine fortgesetzte Düpierung der nach Zahl und Steuerkraft ausschlaggebenden Teile der Bevölkerung durch eine Handvoll Großgrundbesitzer, die sich laut schreiend des Alleinbesitzes alles Gemeinsinns rühmen.

Unter sich freilich lassen die Junker die vaterländische Drapierung sofort fallen, wenn sie sich nur irgendwie nicht mehr mit ihren eigenen Interessen verträgt. Als vor einem Jahrhundert der zusammengebrochene preußische Privilegienstaat auf bürgerlichen Fundamenten neu errichtet werden sollte, erstrebten die Reformen Steins und Hardenbergs eine Demokratisierung der feudalen Agrarverfassung im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts und des staatlichen Gedeihens. Als aber die Absicht dieser Reformen im Berliner Adelskasino bekannt wurde, da sprach der Wortführer der Junker, der Kammerherr v. d. Recke die für den Geist einer Klasse, die eben erst eine Katastrophe herbeiregiert hatte, ungeheuer bezeichnenden Worte: „Lieber noch drei verlorene Auerstädtische Schlachten". Die Gutsbesitzer des Stolpschen Kreises aber fügten hinzu: „Unsere Güter werden für uns eine Hölle werden, wenn unabhängige bäuerliche Eigentümer unsere Nachbarn sind."

Man sieht, die volksfreundliche Mimik der feudalen Reaktion hat erst dann begonnen, als es eine parlamentarische Bühne gab, auf der man sie zur Schau stellen mußte. Diejenigen freilich, die Gelegenheit hatten, hinter die Kulissen der Junkerherrschaft zu blicken, haben sich niemals irgendeiner Illusion über den Wert dieses Maskenspiels hingegeben. Wenn schon der Feldmarschall v. Boyen die den Stein-Hardenbergschen Reformen opponierenden Junker als Leute bezeichnete, „die bei vielen patriotischen Redensarten nichts als ihren Privatvorteil im Auge hatten", so wurde dieses Urteil am Ende des Jahrhunderts durch den Fürsten Hohenlohe bestätigt.

Nur im Bürgertum findet sich immer wieder ein kindlicher Glaube an die Uneigennützigkeit solcher Redensarten, obwohl im Reiche wie in Preußen noch kein ernstlicher Reformversuch unternommen wurde, der nicht an den Sonderinteressen des Junkertums vollständig oder nahezu gescheitert wäre. So ging es von der Kanalvorlage bis hinab zum Hafenschaden, an dem beinahe das Bürgerliche Gesetzbuch zu Schanden ging. So wurde aus der Agrarreform vor hundert Jahren ungefähr das gerade Gegenteil dessen, was beabsichtigt worden war; genau ebenso wird es mit der Finanzreform von heute werden. Und wenn in diesen Tagen die parlamentarische Attrappe des Junkertums, die konservative Partei, noch einige bürgerliche Gemüter für das „bewährte" Dreiklassenwahlrecht gewonnen hat, so mögen diese es sich gesagt sein lassen, daß das Junkertum nicht einmal zu dem Dreiklassenwahlsystem in irgendeinem innerlichen Verhältnis steht. Hat doch erst vor einigen Jahren Graf Pfeil-Hausdorf das Dreiklassenwahlgesetz als „aus den Ideen der französischen Revolution hervorgegangen" bezeichnet und mit dem Freiherrn v. Durant-Baranowitz für eine ständische Repräsentation plädiert. Dabei stützten sich beide wohl auf die Anschauungen des Kirchenvaters der preußischen Konservativen, jenes Adam Müller, nach dem der Besitz eines Familiengutes dem einzelnen Mitgliede der Familie, auch wenn es sonst nicht viel geistige Fähigkeiten entwickelte, ein „instinktives" Urteil in politischen Dingen verleiht. Denn der „Korpsgeist", der jedem Bodenrepräsentanten innewohne, leite ihn bei Abgabe seines Votums und mache ihn mindestens zu einem Hemmschuh für die Lebhaftigkeit der anderen.

Daß diese Privilegierung der Talentlosigkeit auch ohne ständische Repräsentation zu einem Hindernis für jede freiheitliche Reform in Preußen geworden ist, bezweifelt wohl niemand. Fraglich erscheint es freilich, ob sie allein auf die Dauer dem Junkertum seine politische Macht hätte sichern können, wenn nicht eben dieses Junkertum eine Entzweiung aller derjenigen herbeiführen und zu konservieren bestrebt gewesen wäre, die vereint seiner Macht hätten gefährlich werden können.

Denn wenn einst in den Zeiten der Erörterung der Frage einer Landesvertretung das feudale Hauptargument gegen eine Volksvertretung in der Befürchtung bestand, daß sich „der Bauernstand zu den Städten und zum Handel schlagen und Opposition gegen die Rittergutsbesitzer machen werde", so ist heute für den Junker kaum noch der Schatten von dieser Furcht übrig geblieben.

Während in Wirklichkeit die Interessengegensätze zwischen Großgrundbesitz und Bauernstand weit schärfer sind als zwischen städtischer und bäuerlicher Bevölkerung, hat man es auf junkerlicher Seite nur zu gut verstanden, Bürger und Bauer durch eine geschickte Agitation gründlich auseinander zu bringen. Und während dieselben Feudalen die Bauern vor dem „schnöden Mammonismus der Stadte" warnten, gelang es ihnen, das Bürgertum kopfscheu zu machen vor der angeblichen Begehrlichkeit der Arbeitermassen. Ist doch nichts bezeichnender für die vielseitige Beherrschung politischer Schlagworte seitens der preußischen Feudalität, als daß zu derselben Zeit, da man die politische Vertretung der Arbeiterschaft als „Objekt der Gesetzgebung" anzusprechen suchte, da sie den Umsturz der heutigen Wirtschaftsordnung erstrebe, im preußischen Landwirtschaftsministerium jene Fideikommißvorlage ausgearbeitet wurde, die nach den Erklärungen agrarischer Romantiker dem „Kampf wider den Kapitalismus" dienen sollte!

Indem man so den Bauern mit dem Bürger, den Bürger mit dem Arbeiter und alle drei untereinander verhetzt und verbittert hatte, weil man Gegensätze schuf, wo sie nicht bestanden, und sie verschärfte, wo sie schon vorhanden waren, wußte man mit Geschick innerhalb des Bürgertums noch Gegensätze und Zänkereien ganz besonderer Art zu erregen.

Zerfällt doch heute — und das leider nicht nur nach feudaler Auffassung — die bürgerliche Gesellschaft in zwei große Gruppen, in die der „Satisfaktionsfähigen" und in die der „Nichtsatisfaktionsfähigen", oder mit anderen Worten in den kleineren Kreis derjenigen, unter denen gewisse chevalereske Manieren geboten sind, und in die große Masse derer, denen gegenüber jede „Schneidigkeit" erlaubt ist. Mehr als durch alles andere wurde das bürgerliche Rechtsbewußtsein durch diesen feudalen Ehrbegriff korrumpiert, einen Ehrbegriff, der die Menschenwürde nach oben verleugnet und nach unten ignoriert, um nur unter seinesgleichen eine läppische Empfindlichkeit gelten zu lassen.

Und nicht nur auf diesem Gebiete hat das Junkertum bürgerliche Kreise erfolgreich mit feudalen Anschauungen zu infizieren gewußt. Die Verdrängung eines rein menschlichen Rechtsbewußtseins durch eine „standesgemäßere" Lebensauffassung spukt leider nicht nur in den Köpfen einiger Privilegierter; allerorten vielmehr opfert ein großer Teil des Bürgertums dem vornehm tuenden Opportunismus zuliebe die Ideen der Gleichheit vor dem Gesetz und der Gerechtigkeit, auf denen noch zu allen Zeiten die bürgerliche Freiheit beruhte.

Nur infolge dieser Durchdringung unseres bürgerlichen Lebens mit reaktionären Vorurteilen aller Art ist es verständlich, daß man auch in bürgerlichen Kreisen Gefallen findet an der seitens der feudalen Reaktion vorgenommenen Rubrizierung der politischen Parteien in die „staatserhaltenden", „gutgesinnten" und die „vaterlandsfeindlichen", „schlechtgesinnten" Parteien, während tatsächlich für das deutsche Parteileben ganz andere Gegensätze richtungbildend wirken müßten. So nur läßt es sich begreifen, daß ein preußisches Generalkommando vollständig vergessen darf, daß es in einem Volksheer seine Funktionen zu erfüllen hat und gleich einen ganzen Sportklub um deswillen von einem Exerzierplatz verbannen kann, weil er einen Sozialdemokraten unter seinen Mitgliedern zählt. Und das an demselben Tage, da einem englischen Sozialdemokraten von einem bürgerlichen Ministerium, das die Wahrung des sozialen Friedens als seine erste Aufgabe ansieht, ein Sitz in seinen Reihen angeboten wird.

So bedarf es nur eines Blickes auf die Tagesgeschichte, um an tausend Stellen zu erweisen, daß die Regierungsform Preußens heute nichts anderes ist als der durch eine übermütige Aristokratie verschärfte Absolutismus. Diese Ergänzung des „aufgeklärten Despotismus" der preußischen Könige durch die Vorherrschaft ostelbischer Großgrundbesitzer ist der politische „Fortschritt" Preußens in einem Jahrhundert, in dem andere Völker zu demokratischem Selbstbewußtsein gelangten! Und dieser Zustand Preußens offenbart sich tagtäglich in einer so eklatanten Weise, daß die Junker selber zuweilen eine kleine Vertuschung und Verdeckung der tatsächlichen Wirklichkeit für notwendig halten.

Ein freiheitlich gesinntes Bürgertum aber sollte sich durch dergleichen Verhüllungskünste und Verführungsversuche nicht über den Ernst der Situation hinwegtäuschen lassen. Es sollte sich bewußt sein, daß die auf feudaler Seite so sehr gefürchtete und darum um jeden Preis verhinderte Vereinigung aller Volksgenossen in Stadt und Land gegen die junkerliche Reaktion allein eine freiheitliche Entwickelung des Staates Preußen herbeiführen kann. Und es sollte über alle feingesponnenen Einreden mit jenen Worten hinwegsehen, die der jüngst verstorbene englische Premierminister einst den englischen Konservativen zugerufen hat: „Genug mit diesen Narrenspossen, laßt uns an unsere Arbeit gehn!"

Umgefallen.

Aus **Dortmund** schreibt man uns:

Auch die hiesigen Sozialliberalen sind schließlich, der allgemeinen Verhumpfung des Blocks folgend, umgefallen. Daß Herr Schmieding der freisinnigen Volkspartei erklärte, er werde sich in der Wahlrechtsfrage der Mehrheit seiner Fraktion fügen, war auch für die Anhänger Naumanns das Signal zu schwenken und ihren Mitgliedern zu empfehlen, keinenfalls gegen die nationalliberalen Wahlmannskandidaten zu stimmen. Der demokratische Verein dagegen hält an dem Beschlusse der Linken fest und fordert seine Mitglieder auf, unter allen Umständen gegen die Nationalliberalen zu stimmen; ein dahingehender Beschluß war das Ergebnis einer scharfen Auseinandersetzung mit den Sozialliberalen, die noch Kampfgenossen bei der letzten Reichstagswahl waren.

Die Erhöhung der Offiziersgehälter.

Nach einer Mitteilung der „Kölnischen Zeitung" wird dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt im Herbst der Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Offiziersgehälter zugehen. Es sollte sich im wesentlichen um eine Aufbesserung der Gehälter der unteren Dienstgrade handeln, und die Erhöhung sollte wie bei den Beamten rückwirkende Kraft auf den 1. April 1908 erhalten, wozu ein Nachtragskredit nötig wird. Wie das „Berl. Tagebl." erfährt, ist die Meldung in dieser bestimmten Form zum mindesten als verfrüht zu bezeichnen. Die Verhandlungen über diese Materie befinden sich noch bei den ersten Instanzen in der Schwebe.

Kronfideikommiß und Krupp.

Offiziös wird mitgeteilt: Seitens der Reichstagsabgeordneten Erzberger und Dr. Südekum ist in der Reichstagssitzung vom 30. März c. und später eines Gerüchtes Erwähnung getan worden, wonach die Firma Krupp nach 1870/71 von der preußischen Kronfideikommißverwaltung einen Vorschuß zur Betriebserweiterung erhalten habe, der noch nicht zurückgezahlt worden sei und noch jetzt die Unterlage für eine relativ hohe Gewinnbeteiligung der Krone an dem Kruppschen Unternehmen bilde, und es hierauf zurückzuführen sei, wenn die Mitglieder der Artillerieprüfungskommission sich zu einer Art von Begünstigung von Krupp verpflichtet erachteten. Die letztere Behauptung hat der Vertreter des Kriegsministeriums alsbald in derselben Sitzung als eine unbewiesene und unbeweisbare Behauptung zurückgewiesen. Nachdem verschiedene Zeitungen aber bis in die letzte Zeit auf diese Angelegenheit zurückgekommen sind, erscheint es geboten, auch hinsichtlich des ersten Teiles des Gerüchtes hiermit festzustellen, daß der Firma Krupp niemals weder vor noch nach dem Kriege 70/71 irgendeine finanzielle Unterstützung seitens des Kronfideikommisses oder sonst aus königlichen Privatfonds zu teil geworden ist, und daß diese Fonds niemals mit irgendeinem Kapitalbetrage an dem Kruppschen Werke beteiligt gewesen sind.

Die Firma Karl Zeiß in Jena,

deren Leistungen auf optisch-feinmechanischem Gebiete einen ebenso hohen Ruf genießen wie die eigenartigen und vorbildlichen Bestimmungen ihres von dem verstorbenen Professor Ernst Abbe in dem Statut der Karl Zeiß-Stiftung geschaffenen Arbeiterrechts, hat im Laufe des Monats Mai die Zahl von 2000 Geschäftsangehörigen erreicht. Bei der Gründung der Karl Zeiß-Stiftung im Jahre 1891 betrug die Zahl der Beamten und Arbeiter der Firma Zeiß 500, im März 1900 wurde das erste Tausend überschritten; am Ende des Jahres 1905 wuchs ihre Zahl auf 1500, und jetzt nach noch nicht $2^1/_2$ Jahren ist die Arbeiter- und Beamtenzahl abermals um 500 Personen gestiegen. Es ist dies ein Beweis dafür, daß sozialfortschrittliche Einrichtungen kein Hindernis für die Entwickelung eines Großbetriebes sind, wie leider noch vielfach in den Kreisen der Großindustrie angenommen wird. Die Firma Karl Zeiß hat aus Anlaß der Einstellung des 2000. Arbeiters eine übersichtliche kleine Schrift herausgegeben, „Das Arbeitsverhältnis im Zeiß-Werk, Jena", verfaßt von Dr. Schemerus, die auf Wunsch jedem Interessenten unentgeltlich zugestellt wird.

Die „hohen Geschlechter".

Von einem Leser erhält die „Berliner Morgen-Zeitung" folgende Zuschrift:

Eine köstliche Illustration, wie die Repräsentationswut in den „allerhöchsten" Kreisen auf die weitere Bevölkerung abfärbt, gibt folgender famose Bericht der „Greifswalder Zeitung":

Jarmen, 27. Mai. In festlichem Schmuck prangte am vergangenen Mittwoch das Dorf Plötz bei Wolschow, der Wohnort des früheren Landwirtschaftsministers Seiner Exzellenz v. Heyden. Aus Anlaß des ersten Besuches des Leutnants Willy v. Heyden mit seiner verlobten Braut Helene v. Rohr, der jüngsten Tochter des Majors z. D. v. Rohr auf Haus Demmin mit seiner Gemahlin der Frau v. Rohr geborene v. Eisenhardt-Rothe, waren Ehrenpforten errichtet worden mit den Farben der beiden hohen Geschlechter. Die Kinder bildeten beim Einzug Spalier. Die Knaben hielten kleine Fahnen, während die Mädchen mit einem Kopfschmuck bekleidet waren, den lange, breite Bänder zierten; ebenfalls in den Farben der Familien v. Heyden (schwarz weiß) und v. Rohr (rotweiß). —

Wenn das in einem hinterpommerschen Blättchen zu lesen wäre, so würde man sich nicht weiter wundern. Aber die „Greifswalder Ztg." erscheint in einer Universitätsstadt!

Ein ungarisches Volksschulgesetz.

Einer Budapester Meldung zufolge brachte gestern im ungarischen Abgeordnetenhause Kultusminister Apponyi eine Gesetzesvorlage ein, nach der der Volksschulunterricht in Zukunft unentgeltlich sein soll. Der Minister sprach dabei die Hoffnung aus, daß infolge dieser Erleichterung der Schulbesuch bedeutend zunehmen werde.

Ein Blutbad.

Über eine neue Bandenuntat wird aus Konstantinopel gemeldet: Eine hundert Mann starke griechische Bande überfiel das bulgarische Dorf Ruzenec im Bezirke Koritza. Einem in der Nähe befindlichen Truppendetachement gelang es im Verein mit Gendarmerie die Bande zu verjagen, nachdem diese sieben Dorfbewohner getötet und zwei verwundet und etwa zwanzig Gebäude niedergebrannt hatte. Bei dem Dorfe Tekali, unweit Salonikis, wurden fünfzig bulgarische Feldarbeiter beim Heuaufladen von einer griechischen Bande aus einem Walde beschossen. Sieben Feldarbeiter sind hierbei getötet worden. Eine Verfolgung der flüchtigen griechischen Bande hatte kein Resultat.

Leipzig, 1. Juni. Im Spionageprozeß Schwarz wurden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit bis heute nachmittag 4 Uhr vier Zeugen vernommen, darunter die Militärgefangenen Wizefeldwebel Winstein und Sergeant Hans Klicke. Morgen werden die übrigen Zeugen vernommen werden.

Wien, 1. Juni. Der Kaiser nahm heute vormittag die Frühjahrsparade über die Truppen der Garnison ab.

Petersburg, 1. Juni. Die Internationale Schiffahrtskonferenz wurde hier eröffnet. Der Handelsminister hielt die Eröffnungsrede. Von den preußischen Teilnehmern ergriff unter anderem der Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Dr. Freiherr v. Coels v. d. Brügghen das Wort. Er besprach die Schiffahrtsverhältnisse Oesterreich-Ungarns, Deutschlands, Hollands und Skandinaviens.